Landesverfassungsgesetz vom, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1997)

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Die Burgenländische Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 37/1965, in der Fassung der Landesverfassungsgesetze LGBl. Nr. 47/1970, 13/1972, 33/1977, 58/1987, 20/1991, 55/1992 und 6/1996 sowie der Kundmachung LGBl. Nr. 10/1966, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 4 lautet:

"(4) Eine Unterteilung des Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile gemäß Abs. 3 kann auf Grund eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses unterbleiben oder wieder aufgehoben werden."

2. § 17 Abs. 4 erster Satz lautet:

"(4) Der Bürgermeister wird auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Mehrheitswahlrechtes aller österreichischen Staatsbürger, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben, und aller Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union, die in die Gemeinde-Wählerevidenz eingetragen sind, gewählt."

3. § 17 Abs. 5 letzter Satz lautet:

"Findet eine Gemeinderatswahl mangels Vorliegens eines Wahlvorschlages nicht statt, so endet die Funktionsperiode des Gemeindevorstandes mit Ablauf des vorgesehenen Wahltages."

4. § 33a Abs. 7 lautet:

"(7) Die Unterteilung des Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile und deren Aufhebung (§ 1 Abs. 3 und 4), die Bestellung oder Abberufung des Ortsvorstehers, die Bestellung der weiteren Mitglieder des Ortsausschusses sowie die gemäß Abs. 5 übertragenen Aufgaben sind durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen."

5. Dem § 34 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

"Bei der Wahl der Ausschußmitglieder sind die Bestimmungen der Gemeindevahlordnung über die Wahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes sinngemäß anzuwenden."

6. § 40 Abs. 1 lautet:

"(1) Der Gemeinderat ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurden und mindestens zwei Drittel bei der Beschlußfassung anwesend sind. Ladungsmängel gelten bei rechtzeitigem Erscheinen als behoben. Unbesetzte Mandate, die nicht mit Ersatzmitgliedern gemäß § 91 Gemeindevahlordnung 1992, LGBl. Nr. 54, in der

jeweils geltenden Fassung, besetzt werden, bleiben bei der Berechnung der erforderlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderates außer Betracht."

7. § 41 Abs. 1 lautet:

"(1) Zu einem gültigen Beschluß ist, soweit dieses Verfassungsgesetz nicht anderes bestimmt, die einfache Mehrheit der in beschlußfähiger Anzahl anwesenden Stimmberechtigten erforderlich. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung. Die Abstimmung erfolgt durch Erheben einer Hand. Wenn es der Gemeinderat beschließt oder wenn dies gesetzlich festgelegt ist, hat die Abstimmung geheim oder namentlich zu erfolgen. Bei Entscheidungen über finanzielle Angelegenheiten der Gemeinde und bei Gegenständen, die die Erlassung von Bescheiden zum Inhalt haben, ist eine geheime Abstimmung nicht zulässig. Der Vorsitzende stimmt zuletzt ab. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Entsteht bei Entscheidungen, die die Erlassung von Bescheiden zum Gegenstand haben, Stimmgleichheit, so gilt als beschlossen, wofür der Vorsitzende gestimmt hat."

8. Der Einleitungssatz des § 48 Abs. 1 lautet:

"(1) Die Mitglieder der Kollegialorgane der Gemeinde sind von der Beratung und der Beschlußfassung über einen Verhandlungsgegenstand wegen Befangenheit ausgeschlossen:"

9. Dem § 48 wird folgender Abs. 6 angefügt:

"(6) Die Befangenheitsbestimmungen der Abs. 1 und 3 gelten auch für die nicht in kollegialer Beratung und Beschlußfassung durchzuführenden Tätigkeiten des Bürgermeisters und der sonstigen Mitglieder des Gemeindevorstandes und des Gemeinderates. Bei Gefahr im Verzug hat jedoch das befangene Organ die unaufschiebbaren Amtshandlungen selbst vorzunehmen."

10. Dem § 49 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

"Der Bürgermeister kann einen Gemeindebediensteten ermächtigen, Schriftstücke, die kein Rechtsgeschäft zum Inhalt haben, für ihn zu unterfertigen."

11. § 57 Abs. 2 lautet:

"(2) Die Gemeinde kann jede über den Gemeingebrauch des öffentlichen Gutes hinausgehende Benützung untersagen oder - vorbehaltlich einer besonderen landesgesetzlichen Regelung - von der Entrichtung eines Entgeltes abhängig machen."

12. § 71 Abs. 1 zweiter Satz lautet:

"Zu diesem Zweck hat er aus seiner Mitte nach den Grundsätzen des § 34 Abs. 2 einen Prüfungsausschuß zu wählen, wobei diesem von jeder im Gemeinderat vertretenen Wahlpartei mindestens ein Mitglied anzugehören hat."

13. § 80 Abs. 2 lautet:

"(2) Der Genehmigung der Landesregierung bedürfen jedoch alle Rechtsgeschäfte der Gemeinde über

1. den entgeltlichen Erwerb unbeweglicher Sachen, wenn der Kaufpreis durch Fremdmittel gedeckt wird;
2. die unentgeltliche Veräußerung von unbeweglichen Sachen, ausgenommen die Abschreibung von Trennstücken gemäß den §§ 13 bis 22 des Liegenschaftsteilungsgesetzes, BGBl.Nr. 3/1930, zuletzt geändert mit Bundesgesetz BGBl.Nr. 343/1989;
3. die Verpfändung und sonstige Belastung einer unbeweglichen Sache, ausgenommen die Einräumung einer Dienstbarkeit der Errichtung, der Erhaltung und des Betriebes von Leitungen, die dem Fernmeldewesen oder der Energie- und Wasserversorgung bzw. der Abwasserentsorgung dienen sowie ausgenommen die Verpfändung und sonstige Belastung bei Darlehen des Landes oder eines von diesem eingerichteten Fonds;
4. die entgeltliche Veräußerung von unbeweglichen Sachen, wenn ihr Wert 5 v.H. der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlags des laufenden Haushaltsjahres übersteigt;
5. die Aufnahme von Darlehen mit Ausnahme von Kassenkrediten und Darlehen, die vom Land oder Bund oder einem von diesen eingerichteten Fonds zu Förderungszwecken gewährt oder für Zwecke aufgenommen werden, für die nach dem Kindergarten- bzw. Schulbauprogramm des Landes eine Förderung gewährt wird;
6. die Übernahme von Haftungen mit Ausnahme von Haftungen für Darlehen, die vom Bund oder Land oder einem von diesen eingerichteten Fonds zu Förderungszwecken gewährt werden;
7. Leasingverträge, die eine unbewegliche Sache zum Gegenstand haben;
8. die Errichtung von und den Beitritt zu wirtschaftlichen Unternehmungen, mit Ausnahme des Beitrittes zu Energieversorgungs-, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen."

14. Im § 80 Abs. 3 entfällt der Ausdruck "lit. a) - i)".

15. § 86 lautet:

"§ 86

Auflösung des Gemeinderates

(1) Wenn der Gemeinderat andauernd arbeits- oder beschlußunfähig ist oder wenn aus sonstigen Gründen eine geordnete Führung der Geschäfte der Gemeinde nicht mehr gewährleistet ist oder die gesetzlich obliegenden Aufgaben in angemessener Frist nicht erfüllt werden, kann die Landesregierung den Gemeinderat auflösen. Die Landesregierung hat den Gemeinderat aufzulösen, wenn durch den Verzicht auf Mandate, allenfalls in Verbindung mit dem Enden von Mandaten aus anderen Gründen, die nicht mit Ersatzmitgliedern gemäß § 91

Gemeindewahlordnung 1992 besetzt werden, die Zahl der verbleibenden Mitglieder des Gemeinderates unter die Hälfte der sich aus § 15 Abs. 1 ergebenden Zahl sinkt.

(2) Der Gemeinderat kann auch selbst vor Ablauf der Funktionsperiode seine Auflösung beschließen. Dieser Beschluß bedarf der Zweidrittelmehrheit.

(3) Mit der Auflösung des Gemeinderates erlöschen alle Mandate. Der im Zeitpunkt der Auflösung im Amt befindliche Bürgermeister bleibt bis zur Angelobung des neu gewählten Bürgermeisters im Amt. Die Auflösung bewirkt auch den Verlust des Amtes der weiteren Mitglieder des Gemeindevorstandes, der Mitglieder der Ausschüsse, des Ortsvorstehers und des Ortsausschusses. Die Auflösung des Gemeinderates ist im Landesgesetzblatt kundzumachen. Die Tätigkeit des Bürgermeisters hat sich auf die laufenden oder unaufschiebbaren Angelegenheiten zu beschränken. § 27 bleibt unberührt. Verzichtet der Bürgermeister auf sein Amt, findet Abs. 5 Anwendung.

(4) Zur Beratung steht dem Bürgermeister ein Beirat zur Seite. Die im Gemeindevorstand vertretenen Parteien können so viele Mitglieder des Beirates dem Bürgermeister namhaft machen, als ihnen vor der Auflösung des Gemeinderates Gemeindevorstandsstellen zugekommen sind. Hierbei ist der Bürgermeister nicht einzurechnen. Für den Fall der Verhinderung des Bürgermeisters ist vom Beirat aus der Mitte seiner Mitglieder ein Stellvertreter zu wählen. Der Bürgermeister hat den Beirat in allen Angelegenheiten zu hören, die eines Beschlusses des Gemeinderates oder des Gemeindevorstandes bedürfen.

(5) In den Fällen der §§ 8, 9 und 10 Abs. 1 hat die Landesregierung zur Fortführung der Verwaltung der Gemeinde bis zur Angelobung des neu gewählten Bürgermeisters einen Regierungskommissär einzusetzen. Zu seiner Beratung ist von der Landesregierung ein Beirat zu bestellen. Der Beirat besteht aus fünf Mitgliedern und ist in allen wichtigen Fragen zu hören. Bei der Bestellung des Beirates ist die Stärke der Parteien zu berücksichtigen. Die Tätigkeit des Regierungskommissärs hat sich auf die laufenden oder unaufschiebbaren Angelegenheiten zu beschränken.

(6) Nach der Auflösung ist innerhalb von sechs Monaten die Neuwahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters von der Landesregierung auszuschreiben. Die Bestimmungen über die Einberufung zur konstituierenden Sitzung und die Vorsitzführung bei dieser Sitzung enthält die Gemeindewahlordnung.

(7) Die mit der Tätigkeit des Regierungskommissärs verbundenen Kosten bestimmt die Aufsichtsbehörde; sie belasten die Gemeinde."

Artikel II

Artikel I Z 2 ergeht in Umsetzung der Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ABl. 1994 Nr. L 368/38, in der Fassung der Richtlinie 96/30/EG des Rates vom 13. Mai 1996, ABl. 1996 Nr. L122/14.

Vorblatt

Problem

1. Nach der derzeitigen Regelung besteht für die Gemeinde keine Möglichkeit, eine Einteilung des Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile wieder aufzuheben.
2. Die Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, bestimmt, daß alle Unionsbürger unabhängig davon, ob sie Staatsangehörige des Wohnsitzmitgliedsstaates sind oder nicht, dort ihr aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen unter den gleichen Bedingungen ausüben können. Derzeit kommt Unionsbürgern im Burgenland nur bei der Wahl des Gemeinderates, nicht jedoch bei der Wahl des Bürgermeisters das aktive Wahlrecht zu, da letzteres ursprünglich durch Art. 117 Abs. 6 B-VG ausgeschlossen war. Es liegt jedoch nunmehr die am 30. November 1996 in Kraft getretene B-VG-Novelle BGBl.Nr. 659/1996 mit einer entsprechenden Änderung dieser Verfassungsregelung vor.
3. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, bei Auflösung des Gemeinderates und bei Nichtstattfinden einer Gemeinderatswahl mangels Vorliegens eines Wahlvorschlages die Funktionsperiode des Bürgermeisters nicht enden zu lassen, sondern den Bürgermeister bis zur Angelobung des neu gewählten Bürgermeisters im Amt zu belassen.
4. Die geltende Fassung der Gemeindeordnung trifft keine ausdrückliche Regelung darüber, ob bei der Verhältniswahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse von der Parteisumme oder von der Anzahl der Mandate auszugehen ist. Bei der Wahl der Mitglieder des Prüfungsausschusses ist der Gemeinderat derzeit nicht an das Prinzip der Verhältniswahl gebunden.
5. Die geltende Bestimmung, daß sämtliche Urkunden und Schriftstücke vom Bürgermeister zu unterfertigen sind, erweist sich im Hinblick auf den gestiegenen Aufgabenbereich der Gemeinden als unflexibel und entspricht nicht den Wünschen der heutigen Verwaltungspraxis.
6. Im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung gelten derzeit die Befangenheitsbestimmungen für Gemeindemandatäre nur für die Mitwirkung in einem Kollegialorgan, nicht aber für die Tätigkeit außerhalb eines solchen.
7. Es hat sich die Notwendigkeit erwiesen, die Vorschriften betreffend die Rechtsfolgen des Verzichts auf Gemeinderatsmandate neu zu regeln.
8. Es hat sich als wünschenswert erwiesen, bei Abstimmungen im Gemeinderat zu Gegenständen, die die Erlassung von Bescheiden zum Inhalt haben, die Möglichkeit einer geheimen Abstimmung auszuschließen und dem Vorsitzenden bei solchen Beschlüssen ein Dirimierungsrecht einzuräumen.
9. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß der Katalog der von der Aufsichtsbehörde zu genehmigenden Rechtsgeschäfte der Gemeinde zu umfangreich ist.

Ziel:

1. Schaffung der Möglichkeit, die Unterteilung des Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile aufzuheben.
2. Einräumung des aktiven Wahlrechts zur Wahl des Bürgermeisters auch an alle Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union, die in die jeweilige Gemeinde - Wählerevidenz eingetragen sind.
3. Verlängerung der Funktionsperiode des Bürgermeisters im Falle der vorzeitigen Beendigung der Funktionsperiode des Gemeinderates in den oben unter 3. genannten Fällen bis zur Angelobung des neu gewählten Bürgermeisters.
4. Neuregelung der Grundsätze für die Wahl der Gemeinderatsausschüsse.
5. Ermächtigung des Bürgermeisters zur Erteilung einer Approbationsbefugnis.
6. Erstreckung der Befangenheitsgründe auf Tätigkeiten der Gemeindemandatäre, die diese nicht als Mitglied eines Kollegialorganes durchführen.
7. Neuregelung der Rechtsfolgen des Verzichts auf Gemeinderatsmandate.
8. Verbot der geheimen Abstimmung im Gemeinderat (auch) bei Gegenständen, die die Erlassung von Bescheiden zum Gegenstand haben und Einführung eines Dirimierungsrechts des Vorsitzenden bei solchen Beschlüssen.
9. Einschränkung des Kataloges für genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte der Gemeinde und damit verbunden die Stärkung der Gemeindegeldverwaltung und Entlastung des Verwaltungsaufwandes der Gemeindeaufsichtsbehörde und der Gemeinden.

Lösung:

Entsprechende Novellierung der Burgenländischen Gemeindeordnung.

Kosten:

Derzeit haben ca. 1300 Unionsbürger ohne österreichische Staatsbürgerschaft ihren Wohnsitz im Burgenland. Durch die Einräumung des aktiven Wahlrechts für Wahlen zum Bürgermeister auch für Unionsbürger werden dem Land mithin nur geringfügige Mehrkosten entstehen, zumal diese Personen bereits jetzt das aktive und das passive Wahlrecht für Gemeinderatswahlen besitzen.

Die Einschränkung des Kataloges der genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte der Gemeinde bedeutet eine Entlastung des Verwaltungsaufwandes der Landesregierung als Gemeindeaufsichtsbehörde, sodaß die bisher für diese Tätigkeiten eingesetzten Bediensteten teilweise für andere Bereiche verwendet werden können.

EU-Konformität:

Der vorliegende Entwurf steht nicht im Widerspruch zu EU-Regelungen; insbesondere soll damit die genannte Richtlinie umgesetzt werden.

Erläuterungen

Zu Art. I Z 1 und 4 (§ 1 Abs. 4 und § 33a Abs. 7):

Gemäß § 1 Abs. 3 sind die Gemeinden unter den dort genannten Voraussetzungen verpflichtet, den Verwaltungssprengel eines Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile zu unterteilen. Diese Unterteilung kann gemäß § 1 Abs. 4 aufgrund eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses unterbleiben. Eine Bestimmung, wonach eine einmal vorgenommene Unterteilung des Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile wieder aufgehoben werden kann, enthält die Burgenländische Gemeindeordnung nicht. Diesem Wunsch der Praxis soll mit der vorliegenden Änderung Rechnung getragen werden.

Die Kundmachungspflicht, die nach dem geltenden § 33a Abs. 7 für den Beschluß der Unterteilung eines Gemeindegebietes in Ortsverwaltungsteile besteht, soll auch für den Fall seiner Aufhebung normiert werden.

Zu Art. I Z 2 (§ 17 Abs. 4 erster Satz):

Die Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes bei Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen ("Kommunalwahlrichtlinie"), in der Fassung der Richtlinie 96/30/EG des Rates vom 13. Mai 1996, bestimmt im Art. 3 folgendes:

"Jede Person, die am maßgeblichen Tag

- a) Unionsbürger im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Vertrags ist und,
- b) ohne die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzmitgliedsstaates zu besitzen, die Bedingungen erfüllt, an die die Rechtsvorschriften dieses Staates das aktive und das passive Wahlrecht seiner Staatsangehörigkeit knüpfen, besitzt das aktive und das passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen im Wohnsitzmitgliedsstaat gemäß dieser Richtlinie."

Gemäß Art. 5 Abs. 3 dieser Richtlinie können die Mitgliedsstaaten bestimmen, daß nur ihre eigenen Staatsangehörigen in die Ämter des leitenden Exekutivorgans (d.i. nach der hier maßgeblichen Rechtslage der Bürgermeister), seines Vertreters oder eines Mitglieds des leitenden kollegialen Exekutivorgans einer lokalen Gebietskörperschaft der Grundstufe wählbar sind. Angehörige eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union können mithin vom passiven Bürgermeisterwahlrecht ausgeschlossen werden.

Bereits mit der Gemeindeordnungsnovelle 1995, LGBl. Nr. 6/1996, wurde § 15 Abs. 2 erster Satz der Burgenländischen Gemeindeordnung dahingehend geändert, daß - im Zusammenhalt mit den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung 1992 - das aktive und das passive

Wahlrecht zum Gemeinderat auch allen Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union zukommt, die in die jeweilige Gemeinde-Wählerevidenz eingetragen sind.

Die Einräumung des aktiven Wahlrechts für alle Unionsbürger auch für Bürgermeisterwahlen, wie sie die Kommunalwahlrichtlinie fordert, konnte landes(verfassungs)gesetzlich noch nicht verwirklicht werden, da Art. 117 Abs. 6 B-VG bis vor kurzem nur die Einräumung des aktiven Wahlrechts für Bürgermeisterwahlen an Staatsbürger gestattete. Es liegt jedoch nunmehr die am 30. November 1996 in Kraft getretene B-VG-Novelle BGBl.Nr. 659/1996 vor, die im Art. 117 Abs. 6 B-VG die Möglichkeit vorsieht, landesverfassungsgesetzlich allen anderen Unionsbürgern das aktive Bürgermeisterwahlrecht zuzuerkennen.

Mit der vorliegenden (durch die eben erwähnte B-VG-Novelle bundesverfassungsrechtlich gedeckte) Änderung des § 17 Abs. 4 erster Satz der Burgenländischen Gemeindeordnung soll - mag man auch schon bislang von der unmittelbaren Geltung der Kommunalwahlrichtlinie im Hinblick auf das aktive Wahlrecht für Bürgermeisterwahlen ausgegangen sein - nunmehr den Unionsbürgern, die in die jeweilige Gemeinde - Wählerevidenz eingetragen sind, auch das aktive Wahlrecht zur Wahl des Bürgermeisters eingeräumt werden. Ergänzend dazu ist eine entsprechende Änderung der Gemeindewahlordnung 1992 erforderlich, die in einem gesonderten Entwurf erstellt wird.

Zu Art. I Z 3 (§ 17 Abs. 5 letzter Satz):

Nach der derzeit geltenden Fassung des § 17 Abs. 5 letzter Satz der Burgenländischen Gemeindeordnung endet die Funktionsperiode des Bürgermeisters und des Gemeindevorstandes in dem Falle, daß eine Gemeinderatswahl mangels Vorliegens eines Wahlvorschlages nicht stattfindet, mit Ablauf des vorgesehenen Wahltages.

Um hinsichtlich der Amtsführung des Bürgermeisters die wünschenswerte Kontinuität zu gewährleisten, soll in einem solchen Falle die Funktionsperiode des Bürgermeisters nicht mit Ablauf des vorgesehenen Wahltages erlöschen, sondern - wie sich nunmehr aus § 17 Abs. 5 zweiter Satz ergibt - erst mit der Angelobung des neu gewählten Bürgermeisters.

Zu Art. I Z 5 (§ 34 Abs. 2):

Der geltende § 34 bestimmt lediglich, daß die Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse aus der Mitte des Gemeinderates nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes zu bestellen sind. Eine genaue Ausprägung der Grundsätze des Verhältniswahlrechtes enthält die Gemeindeordnung nicht. Durch den Verweis auf die Bestimmungen der Gemeindewahlordnung über die Wahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes wird das Verhältniswahlrecht grundlegend gestaltet. Damit wird klargestellt, daß bei der Ermittlung der Wahlzahl nicht von den Parteisummen der Gemeinderatsparteien, sondern von deren Mandatszahl auszugehen ist. Ebenso wird der Fall gelöst, wenn zwei oder mehrere Gemeinderatsparteien den gleichen Anspruch auf eine Ausschußstelle haben. Hier entscheidet zunächst nicht das Los, sondern die größere bei der

Wahl des Gemeinderates erreichte Parteisumme. Erst bei gleicher Parteisumme entscheidet das vom jüngsten Gemeinderatsmitglied zu ziehende Los.

Aus der sinngemäßen Anwendung der Bestimmungen der Gemeindewahlordnung über die Wahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes ergibt sich weiters, daß die Mitglieder der Ausschüsse mit einfacher Stimmenmehrheit in einem eigenen Wahlgang ausschließlich von Gemeinderatsmitgliedern jener Partei zu wählen sind, der der Anspruch auf Besetzung der Ausschußstelle zukommt.

Zu Art. I Z 6 und 15 (§ 40 Abs. 1 und § 86):

Gemäß § 86 Abs. 1 der Burgenländischen Gemeindeordnung kann die Landesregierung den Gemeinderat auflösen, wenn der Gemeinderat andauernd arbeits- oder beschlußunfähig ist oder wenn aus sonstigen Gründen eine geordnete Führung der Geschäfte der Gemeinde nicht mehr gewährleistet ist oder die gesetzlich obliegenden Aufgaben in angemessener Frist nicht erfüllt werden.

Gemäß § 40 Abs. 1 dieses Gesetzes ist der Gemeinderat beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurden und mindestens zwei Drittel bei der Beschlußfassung anwesend sind. Nach Abs. 2 kann, wenn der ordnungsgemäß einberufene Gemeinderat nicht beschlußfähig war, unter Berufung hierauf für die gleichen Verhandlungsgegenstände eine neuerliche Sitzung einberufen werden. Der Gemeinderat ist in diesem Fall beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Es waren in jüngster Zeit in burgenländischen Gemeinden Fälle zu beobachten, in denen nach Zurücklegung der Mandate von Gemeinderatsmitgliedern und Ablehnung der Berufung auf die freigewordenen Mandate durch die Ersatzmitglieder entweder das - im Sinne des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes VfSlg. 7568/1975 (bloß) für eine kurze Übergangsfrist vorgesehene - Präsenzquorum des § 40 Abs. 2 der Burgenländischen Gemeindeordnung im Gemeinderat nicht erreicht wurde, oder durch eine solche Situation zwar (und nur) dieses Mindestanwesenheitsquorum gegeben war, dies jedoch für länger als eine kurze Übergangsfrist.

Auf der Grundlage des § 86 Abs. 1 der Burgenländischen Gemeindeordnung wurden bei einer derartigen Sachlage die betreffenden Gemeinderäte durch die Landesregierung aufgelöst.

Die dargestellte Rechtslage hat zur Folge, daß der jeweilige Gemeinderat im erstgenannten Fall sofort und im zweitgenannten Fall nach Ablauf einer als "kurze Übergangsfrist" anzusehenden Zeitspanne beschlußunfähig wird und von der Landesregierung aufgelöst werden kann. Durch die vorgesehene Neuregelung des § 40 Abs. 1 soll sichergestellt werden, daß der bloße Umstand des Vorliegens unbesetzter Gemeinderatsmandate, die nicht mit Ersatzmitgliedern besetzt werden, nicht zur Beschlußunfähigkeit des Gemeinderates führt. Gleichzeitig gewährleistet die Neufassung des § 86 Abs. 1, daß, wenn in einem solchen Falle die Zahl der

Gemeinderatsmitglieder unter die Hälfte der im § 15 Abs. 1 vorgesehenen Zahl sinkt, der Gemeinderat durch die Landesregierung aufzulösen ist.

Analog zur oben kommentierten Neufassung des § 17 Abs. 5 letzter Satz der Burgenländischen Gemeindeordnung soll im § 86 Abs. 3 im Falle der Auflösung des Gemeinderates nicht wie bisher ein Regierungskommissär eingesetzt werden müssen. Vielmehr soll der bisherige Bürgermeister - der mit den betreffenden Gemeindegeschäften in aller Regel besser vertraut sein wird als ein Regierungskommissär - bis zur Angelobung des neu gewählten Bürgermeisters im Amt bleiben. Gemäß Abs. 5 ist jedoch in den Fällen der §§ 8, 9 und 10 Abs. 1 der Burgenländischen Gemeindeordnung (Vereinigung, Trennung und Neubildung von Gemeinden) von der Landesregierung jedenfalls ein Regierungskommissär zu bestellen.

Zu Art. I Z 7 (§ 41 Abs. 1):

Mit der vorgesehenen Neuregelung soll das gesetzliche Verbot geheimer Abstimmungen im Gemeinderat auf Gegenstände, die die Erlassung von Bescheiden zum Gegenstand haben, ausgedehnt werden. Bei solchen Beschlüssen soll zudem bei Stimmgleichheit ein Dirimierungsrecht des Vorsitzenden bestehen.

Zu Art. I Z 8 und 9 (§ 48 Abs. 1 und 6):

Nach der geltenden Bestimmung bestehen für Gemeindemandatare, sofern sie nicht im Rahmen eines Kollegialorganes tätig werden, nur dann die Befangenheitsgründe, wenn sie im behördlichen Verfahren tätig werden und die Verwaltungsverfahrensgesetze AVG, LAO oder DVG anzuwenden sind. Bei Tätigkeiten im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung treffen auf Gemeindemandatare nach der geltenden Fassung des § 48 die Befangenheitsgründe nur dann zu, wenn sie im Rahmen eines Kollegialorganes tätig werden. So ist zB der Bürgermeister oder das von ihm mit einem Referat beauftragte Mitglied des Gemeindevorstandes bei Vertragsabschlüssen und Auftragsvergaben oder bei der Aufnahme von Bediensteten derzeit in keinem Fall befangen. Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die Befangenheitsbestimmungen des § 48 Abs. 1 und 3 auch auf jene (nicht behördlichen) Tätigkeiten von Gemeindemandataren angewendet werden, die diese nicht im Rahmen von Kollegialorganen besorgen.

Zu Art. I Z 10 (§ 49 Abs. 3):

Nach der Rechtsprechung (VfGH Slg. 10.338) und Lehre (vgl. zB *Binder*, Der Staat als Träger von Privatrechten, S. 211 ff) ist der Vorstand einer monokratisch organisierten Behörde berechtigt, Befugnisse an ihm untergeordnete Bedienstete zu delegieren, die sie nach seinen allgemeinen oder besonderen Weisungen auszuüben haben. Es ist daher auch zulässig, daß die Approbationsbefugnis intern geregelt wird und die Bescheide des monokratisch organisierten Organs im Auftrag dieses Organs von anderen Bediensteten erlassen werden; nach außen hin wird damit immer der Wille des Behördenchefs bekundet. Die Regelung der Approbation ist

eine Angelegenheit der inneren Organisation, die die Zuständigkeit und damit auch das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter nicht berührt.

Nach der geltenden Bestimmung des § 49 Abs. 3 sind alle Urkunden und Schriftstücke, sofern sie nicht zweiseitige Rechtsgeschäfte betreffen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates oder Gemeindevorstandes fallen, vom Bürgermeister zu unterfertigen. Der Wortlaut der geltenden Bestimmung schließt es somit aus, daß der Bürgermeister mit der Fertigung von Urkunden und Schriftstücken eine andere, der Gemeindeverwaltung angehörende Person durch Erteilung einer Approbationsbefugnis mit der Erledigung beauftragt. Dies bedeutet in der Praxis eine weitgehende Einschränkung der Möglichkeit zur Erteilung einer Approbationsbefugnis, weil es nicht zweckmäßig wäre, einen Mitarbeiter mit Verwaltungshandlungen oder mit der Leitung von Verfahren zu betrauen, der nicht einmal die anlässlich von Zwischenerledigungen auszufertigenden Schriftstücke (Kundmachungen zu Verhandlungen, Ladungen, Korrespondenzen udgl.) selbst unterschreiben kann.

Die Praxis zeigt, daß den Bürgermeistern schon angesichts des steigenden Umfanges der zu bewältigenden Aufgaben jede Möglichkeit fehlt, alle ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben tatsächlich selbst wahrzunehmen. Vielfach benötigen sie einen Großteil ihrer Amtszeit allein dazu, die auszufertigenden Schriftstücke zu unterfertigen. Mit der vorliegenden Regelung soll daher die Ermächtigung des Bürgermeisters, Verwaltungsangelegenheiten im Wege der Erteilung von Approbationsbefugnissen an die ihm bürokratisch zugeordneten Personen zur Erledigung zu übertragen, verankert werden. Von dieser Ermächtigung soll jedoch die Unterfertigung von Urkunden und Schriftstücken, die Rechtsgeschäfte zum Inhalt haben, weiterhin ausgenommen bleiben.

Zu Art. I Z 11 (§ 57 Abs. 2):

Nach der bisherigen Regelung kann die Gemeinde für die Gewährung der Sondernutzung des öffentlichen Gutes eine Gebrauchsabgabe einheben, die sich auf ein Landesgesetz stützen muß. Da der Landesgesetzgeber ein Gebrauchsabgabengesetz bisher nicht erlassen hat, ist es der Gemeinde nicht möglich, eine Gebrauchsabgabe einzuheben. Der Gemeinde bleibt derzeit auch kein Raum, für die Sondernutzung des öffentlichen Gutes ein zivilrechtliches Entgelt zu verlangen, da die geltende Fassung zwingend die öffentlich-rechtliche Handlungsform der Abgabe vorschreibt.

Mit der vorliegenden Neuregelung sollen die Gemeinden ermächtigt werden, ein zivilrechtliches Entgelt für die Sondernutzung des öffentlichen Gutes einzuheben. Durch den Vorbehalt einer landesgesetzlichen Regelung wird nicht ausgeschlossen, daß der (einfache) Landesgesetzgeber später ein auf das Finanzausgleichsgesetz gestütztes Gebrauchsabgabengesetz beschließt, nach dem dann den Gemeinden für die Sondernutzung des öffentlichen Gutes wieder ausschließlich nur die öffentlich-rechtliche Handlungsform der Abgabe offen steht.

Zu Art I Z 12 (§ 71 Abs. 1 zweiter Satz):

Nach der derzeit geltenden Bestimmung kann der Gemeinderat die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit einfacher Mehrheit wählen, ohne an das Verhältnismäßigkeitsprinzip gebunden zu sein. Lediglich beim Vorschlagsrecht für den Obmann und Obmannstellvertreter sind die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf die Funktion des Prüfungsausschusses als Kontrollorgan der Gemeinde erscheint es nicht zweckmäßig, es der Mehrheit des Gemeinderates zu überlassen, in welcher Weise sie die Vertretung der Gemeinderatsparteien im Prüfungsausschuß festlegt, zumal auch das Verhältnismäßigkeitsprinzip für die übrigen Ausschüsse des Gemeinderates schon bisher gilt.

Mit dem Hinweis des Entwurfes auf § 34 Abs. 2 soll das Verhältnismäßigkeitsprinzip grundsätzlich in jener Ausprägung übernommen werden, wie es in der Gemeindewahlordnung über die Wahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes verankert ist (siehe auch die Erläuterungen zu Art I Z 5 des Entwurfes).

Die Abweichungen der Bestimmungen über die Bestellung der Mitglieder des Prüfungsausschusses und jener der sonstigen Gemeinderatsausschüsse ergeben sich einerseits aus der Verpflichtung, daß jeder Gemeinderatspartei unabhängig davon, ob sie nach dem d'Hondtschen Verhältniswahlprinzip Anspruch auf Vertretung im Prüfungsausschuß hätte, mindestens ein Sitz zukommt. Bei der Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Prüfungsausschusses wird daher der Gemeinderat zu beachten haben, daß diese nicht nur mindestens drei beträgt, sondern auch mindestens jener der im Gemeinderat vertretenen Parteien entspricht. Legt der Gemeinderat eine höhere Anzahl der Mitglieder fest, so wird die Verteilung der Ausschußstellen in der Weise vorzunehmen sein, daß zuerst jede Partei eine Stelle besetzt und die verbleibenden Ausschußstellen nach dem Verhältniswahlprinzip auf die Gemeinderatsparteien verteilt werden. Welche Gemeinderatsmitglieder die den Parteien zukommenden Stellen im Prüfungsausschuß besetzen, ist in einer Fraktionswahl zu entscheiden.

Die andere Abweichung von den gemäß § 34 zu bildenden Ausschüssen des Gemeinderates besteht in der erwähnten besonderen Ausprägung der Bestellung des Obmannes und Obmannstellvertreter. Hier soll sich durch die bloße sinngemäße Anwendung des § 34 Abs. 2 an der bisherigen Rechtslage nichts ändern.

Zu Art. I Z 13 und 14 (§ 80 Abs. 2 und 3):

Gemäß Art. 119 a Abs. 8 B-VG können durch die zuständige Gesetzgebung einzelne von der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zu treffende Maßnahmen, durch die auch überörtliche Maßnahmen in besonderem Maß berührt werden, insbesondere solche von besonderer finanzieller Bedeutung, an eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden werden. Als Grund für die Versagung der Genehmigung darf nur ein Tatbestand vorgesehen werden, der die Bevorzugung überörtlicher Interessen eindeutig rechtfertigt.

Der geltende § 80 Abs. 2 umfaßt einen breiten Katalog von Rechtsgeschäften der Gemeinde, die der aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedürfen. Die beim Vollzug dieser Bestimmung gewonnenen Erfahrungen der Aufsichtsbehörde haben gezeigt, daß die Genehmigung nur in seltenen Fällen versagt werden mußte. Bei einzelnen Kategorien von Rechtsgeschäften gab es in den vergangenen Jahren keinen Anlaß zur Versagung der Genehmigung des Rechtsgeschäftes. Andererseits haben sich in einigen Fällen, wie zB bei Schulbaudarlehen, Doppelgeleisigkeiten ergeben, weil die Burgenländische Landesregierung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde bereits aus Anlaß der Entscheidung über die Aufnahme in das Schulbauprogramm des Landes geprüft hat.

Mit der vorliegenden Änderung des § 80 Abs. 2 soll daher der Katalog der genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte eingeschränkt werden. Hierbei wird von der Erwägung ausgegangen, daß einige der bisher im Gesetz enthaltenen Genehmigungstatbestände entbehrlich erscheinen, während andere grundlegende zwar aufrecht zu erhalten sind, jedoch unter Vorsehung einer gewissen Erleichterung. Nicht mehr unbedingt erforderlich erscheinen die bisherigen Genehmigungstatbestände der lit. b, d und g. Dadurch soll eine gewisse Konzentration auf den nach den Erfahrungen der Praxis tatsächlich genehmigungsbedürftigen Kern der Angelegenheiten erzielt werden.

Wenn auch die Stärkung der Gemeindeselbstverwaltung primäres Ziel der vorgesehenen Liberalisierung der Genehmigungspflicht ist, soll der positive Aspekt nicht außer Acht gelassen werden, daß mit ihr eine Reduktion des Verwaltungsaufwandes der Aufsichtsbehörde und der Gemeinde verbunden ist, die nicht nur Kosten sparen, sondern auch die Verfahrensabläufe beim Abschluß von Rechtsgeschäften der Gemeinde beschleunigen wird.

Mit Abs. 2 Z 1 soll der Erwerb unbeweglicher Sachen der Genehmigungspflicht unterliegen, wenn der Kaufpreis durch Fremdmittel gedeckt wird. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung wurde auf eine Wertgrenze verzichtet, weil davon auszugehen ist, daß der Kauf einer relativ geringfügigen Sache in der Regel ohnedies nicht mit Hilfe von Fremdmitteln finanziert wird. Damit soll vermieden werden, daß die Gemeinde eine schuldrechtliche Verpflichtung eingeht, die sie unter Umständen wegen der späteren Versagung einer nach Abs. 2 Z 5 genehmigungspflichtigen Darlehensaufnahme nicht erfüllen kann.

Mit der Aufnahme von Leasingverträgen wird allerdings ein neuer Genehmigungstatbestand für Rechtsgeschäfte normiert. Dieses Genehmigungserfordernis soll wie bei der Aufnahme von Darlehen dazu dienen, einen unter Umständen sehr beträchtlichen finanziellen Schaden von der Gemeinde von vornherein abzuwenden. Die Genehmigungspflicht soll sich allerdings nur auf Leasingverträge über unbewegliche Sachen beziehen, weil davon auszugehen ist, daß in der Regel nur bei derartigen Rechtsgeschäften die Gefahr bestehen könnte, daß die Gemeinde eine unvertretbare finanzielle Verpflichtung eingeht.

Die Änderung im Abs. 3 dient der Anpassung infolge Umstellung der Untergliederung des Abs. 2 von Buchstaben auf Ziffern. Da Abs. 3 insgesamt auf Abs. 2 verweist, kann die Zitierung von Ziffern unterbleiben.

Zu Art. II:

Art. 14 der Kommunalwahlrichtlinie bestimmt, daß die Mitgliedsstaaten dazu verhalten sind, in den diese Richtlinie umsetzenden Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie bezug zu nehmen. Dem soll durch Art. II entsprochen werden.